Posener Zeitung.

№ 190. Donnerstag den 17. August. 1848.

Inland.

Berlin, den 15. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem General-Major von Brandt, bisherigen Commandeur der 10ten Infanterie-Brigade, die Funktionen eines Unter-Staats-Sekretairs im Kriegs-Ministerium zu übertragen; und dem seitherigen Ober-Bürgermeister der Hauptstadt Berlin, Geheimen Ober-Regierungs-Rath Krausnick, die von ihm nachgesuchte Amts-Entlassung in Gnaden zu ertheilen.

Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen ist von Wilhelmsthal auf Schloß Babelsberg angekommen.

Der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Graf von Hessenstein, ist von Neu-Strelitz hier angekommen. — Der General-Major à la Suite Sr. Majestät des Königs, von Below, ist nach Stralsund abgereist.

---

* Posen, den 16. August.

Von unserm Finanzminister haben wir letzthin über die Lage des Staatshaushalts die beruhigendsten Zusicherungen erhalten: die Domainen und öffentlichen Forsten allein beliefen sich auf einen höhern Werth als der gesammte Betrag der Staatsschuld, über deren Höhe man sich bereits fabelhaften Vorstellungen hinzugeben begonnen hatte. Gerne mögen wir diesen Eröffnungen Glauben schenken, da wir dem Ministerium bisher noch nicht auf Schleifwegen begegneten und als Candidaten des Rechtsstaates dem Grundsatze der Justiz huldigen, Jedermann bei seinem Thun und Lassen für ehrlich und aufrichtig zu halten, bis das Gegentheil offenkundig erwiesen worden. Den Ultras der Linken, die sich einmal darauf gestellt haben, Schwarz zu nennen, was im Namen der hinter ihr stehenden Nation die Majorität der Versammlung als Weiß bezeichnet, ihnen wollen wir die Ehre gönnen, durch ihre Manövers den alten Polizeistaat zu vertreten, der auf entgegengesetzter Anschauung fußt wie der von uns erstrebte Rechtsstaat, und daher von Haus aus Jedermann für verdächtig erklärt, bis man ihm vom Gegentheil sehr weitläufige und umständliche Beweise beigebracht.

Wenn zur Beruhigung über die Stärke und Tragfähigkeit der unserm Staatskredit zu Grunde liegendem Fundamente das Ministerium den Glauben an seine Redlichkeit in Anspruch nehmen mußte, so sind wir mit dem ergänzenden Zusatz zu jenem ersten Theil des ministeriellen Berichts aus Ueberzeugung einverstanden, daß es nemlich besondere, ja unübersteigliche Schwierigkeiten habe, die im Grund und Boden haftenden Staatskapitalien flüssig zu machen, durch Verkauf zu verwerthen oder unter günstigen Bedingungen als Unterpfand bei einer auswärtigen Anleihe einzusetzen. Das Ministerium appellirte daher an den Patriotismus der Staatsbürger, um aus ihrer eigenen Mitte durch eine freiwillige Zwangsanleihe, wie der Volkswitz sie nennt, die erforderlichen Summen zusammenzuschießen, vermöge welcher bei der gegenwärtigen Ebbe des öffentlichen Schatzes das Staatsschiff sich flott erhalten und in der von den Zeitläuften vorgeschriebenen Richtung ungehemmt bewegen könnte. Es ist kein Zweifel, daß bei der aufopferungsfähigen Bereitwilligkeit aller Volksklassen diese höhern Orts angeordnete Operation zu dem gewünschten Ziele führen wird. Ohne zum Ausland Zuflucht nehmen und seinen wucherischen Forderungen sich fügen zu müssen, werden die verlangten Gelder herbeigeschafft und die stockenden Räder der Verwaltungsmaschine in ihrem leichten Gange erhalten werden. Aber eben so sicher ist es, daß durch dieses Aushilfsmittel eine Menge kleinere Uebelstände an verschiedenen einzelnen Punkten des Gesammtkörpers hervorgerufen werden müssen, deren Summe nicht minder erheblich ist, als die große Verlegenheit, welche sich im Augenblick für das Staatsganze fühlbar macht, die ferner mit ihrem Totalgewicht schließlich doch wieder auf das Staatsganze zurückfallen. Die halb freiwillige, halb gezwungene Anleihe bildet nur ein Palliativ, das momentane Erleichterungen verspricht, für späterhin aber eine vielleicht noch verstärkte Wiederkehr der gegenwärtig verspürten Athembeschwerden in Aussicht stellt.

Es ist nemlich eine ausgemachte Thatsache, daß Capitalien, für produktive Zwecke verwendet, reichere Früchte tragen, wenn sie sich vertheilt in den Händen vieler Privatunternehmer befinden, als wenn sie im Großen auf Rechnung des Staats ausgesäet werden; der Ertrag vieler kleinerer Wirthschaften übersteigt die Ausbeute, welche ihr vom Staate zusammengefaßtes und verwendetes Betriebskapital abwerfen würde. Schon das bloße Zusammentreiben des jetzt in der Privatwirthschaft vereinzelt wirkenden Capitals müßte, auch wenn dieses fernerhin in produktiver Weise zur Anwendung käme, einen Ausfall in der Gesammternte, eine Abnahme oder wenigstens eine Verminderung in der Zunahme des Nationalreichthums herbeiführen. Nun findet aber auch nicht einmal die letztere Voraussetzung Statt. Die vom Staat aufzunehmende Anleihe soll zugestandener Maßen gar nicht oder doch nur zum geringsten Theil, etwa nur bei Dotirung der Hilfs- und Vorschußkassen für materiell producirende Zwecke aufgewendet werden, während die bei Weitem größere Quote zur Betreibung des Dänenkriegs, zum Ersatz der damit zusammenhängenden anderweitigen Verluste, so wie zur kostspieligen Umwandelung sämmtlicher administrativer Einrichtungen, kurz für Unternehmungen bestimmt ist, die bei hohem ideellen Werth doch keinen entsprechenden materiellen Zins abwerfen, also ökonomisch gesprochen, unfruchtbar verzehrt und verflüchtigt werden. Jene 15 Millionen mit Einem Male durch die innere Anleihe dem produktiven Verkehr entzogen und auf Erweiterung der ideellen Staatsgüter verwendet, können der Privatindustrie doch nur wieder durch ausländische Anleihen unter noch mißlicheren Bedingungen zufließen als die, von welchen der Staat im Ganzen Umgang zu nehmen sich bemüßigt fühlte. Er wälzt mithin seine Verlegenheit von dem starken Nacken der Gesammtheit auf die schwächeren, weniger fest gebauten und deshalb auch weniger gut akkreditirten Schultern des Gewerbestandes, oder richtiger auf die Schultern der einzelnen Gewerbetreibenden, die bei Verminderung der disponibeln inländischen Capitalien, bei der in Folge dessen abnehmenden Conkurrenz der angebotenen Betriebsmittel sich zu einem höheren Geldpreise, zu einem gesteigerten Zinsfuße verstehen müssen und demnach ihre Unternehmungen theils gar nicht, theils nur unter erschwerenden Umständen fortzuführen, jedenfalls aber neue gewerbliche Anlagen nur ausnahmsweise anzubahnen im Stande sein werden.

Eine Nation, wie die englische, bei der so starke Kapitalanhäufungen sich vorfinden, daß sie gar nicht einmal sämmtlich von der einheimischen Industrie absorbirt werden können und deshalb zum Theil ins Ausland wandern, um auf dortigen Märkten feil geboten und in fremden Unternehmungen werbend angelegt zu werden, eine solche Nation ist wohl im Stande, unbeschadet ihrer inländischen Interessen eine innere Anleihe zu vertragen; sie brauchte dann nur ihr eigenes im Auslande arbeitendes Capital zurückzuziehen, und aus der Hand entfernter Gläubiger in die des Staates übergehen zu lassen, der sich zu einem gleichem Zinsfuß wie die auswärtigen Schuldner verstände. Die verhältnißmäßig armen Continentalstaaten, deren Capitalsvorräthe noch nicht einmal im Stande sind den ganzen Bedarf der einheimischen Industrie zu decken, können nur auf Kosten dieser zu einer innern Zwangsanleihe schreiten. Die Conkurrenz des borgenden Staates gefährdet den ebenfalls auf Borg hingewiesenen Unternehmer und verstopft ihm die Quellen, aus der er für den Unterhalt und das Gedeihen seiner Anlagen zu schöpfen genöthigt ist.

Diese Rücksichten und Bedenken müßten freilich, wenn das Staatswohl es gebieterisch erheischt, unbeachtet bleiben und in den Hintergrund gedrängt werden; das jus eminens des Staates übertäubt mit seinen peremtorischen Forderungen das Hilfsgesuch der ihm untergeordneten, weniger umfassenden Kreise. So lange man aber noch mit milderen Mitteln ohne Störung der gewohnten Funktionen auszureichen vermag, sollte man billigerweise das energische Verfahren einstellen. Und ein solcher, die producirenden Betriebsmittel des Staatskörpers wenig oder gar nicht angreifender Ausweg läßt sich wohl noch ausfindig machen. Es käme nur darauf an, neue Kapitalien zu schaffen, oder da das Erschaffen aus Nichts über die Kräfte selbst des tüchtigsten Finanzministers weit hinausgeht, so müßte man die Aufgabe dahin reduciren, schon vorhandene aber müßig daliegende Capitalien auf eine wenig umständliche, nur geringe Vorbereitung erforderliche, Weise mit produktiver Kraft auszustatten, die todten Massen zu beleben und für den thätigen Dienst der Gesellschaft anzuwerben. Herr Burchart aus Berlin hat in einer kleinen Brochüre auf ein derartiges, sehr einfaches und doch wie man voraussetzen darf, höchst wirksames Hausmittelchen hingewiesen, auf welches wir in einem nächsten Artikel zurückkommen werden.

(Schluß folgt.)

---

† Posen, den 16. August. Einem Gerüchte zufolge, das freilich ziemlich unverbürgt erscheint, wären vor kurzer Zeit in Kalisch eine Anzahl Polen, die sich einer Berathung wegen, dort in einem geschlossenen Lokale versammelt hatten, urplötzlich von Kosaken überfallen, verhaftet und ohne Weiteres auf den verhängnißvollen Kibitken ins Zobelland transportirt worden. Es heißt, daß unter den Verbannten auch 12 Angehörige des Großherzogthums gewesen seien.

♂ Schildberg, den 14. Aug. Als bei der hier am 23. Juni c. stattgehabten und leider verunglückten Kreislehrerkonferenz uns mehrere Mitglieder vom Lande mittheilten, wie ihre Geistlichen, resp. Schulinspektoren sich ganz einverstanden mit der beabsichtigten Trennung der Schule von der Kirche erklärt hätten, — wodurch sie ja selbst doch einer Menge lästiger Arbeiten enthoben würden, — da wollte es uns dünken, als ob jene geistliche Herren sich mit dieser Ansicht nicht auf dem richtigen, d. h. der Hierarchie entsprechendem Standpunkte befunden hätten; und wir haben uns in der That nicht getäuscht. Kaum einige Wochen später und wie ganz anders geberden sich dieselben nun, nachdem der zweite Verfassungs-Entwurf die Trennung bestimmt ausgesprochen hat. Allerdings angeregt durch die geistlichen Mitglieder der National-Versammlung in Berlin, sind sie nun auch eifrigst bemüht, die Trennung der Schule von der Kirche zu vereiteln. Ein Beispiel wird am geeignetsten sein, den Geist dieser Gegendemonstrationen klar darzulegen. — Am gestrigen Tage trat in der hiesigen Pfarrkirche nach beendigtem Hochamte der Vicar Klembczyński vor den Altar, sprach sich über den Auftrag der ihm geworden, im Interesse der heil. Kirche Alles aufzubieten, um die Trennung der Schule von ihrer Mutter (sic) zu verhüten, verlas hierauf eine zu dem Zwecke vorbereitete Adresse an die National-Versammlung, und forderte zu Unterschriften auf, mit dem Bemerken, daß bereits einige Hundert eingegangen wären. (Man hatte nämlich die Tage vorher solche auf dem Lande gesammelt.) Die Menge leistete dieser seelsorgerlichen Aufforderung nicht nur willig Folge, sondern war auch noch durch die eindringliche, salbungsvolle Erläuterung derselben, von der Richtigkeit des eben Gehörten, wie von dem aus der freien Schule zu erwartenden Verderben so ergriffen, daß sie ihrem souverainen Unwillen über solches Treiben des Lehrerstandes, der doch nur allein diese Idee hervorgerufen, eine Genugthuung zu verschaffen suchte, und mehrere Personen aus der Masse, sich zu Helden des Tages aufwerfend und die Oeffentlichkeit nicht scheuend, den eben aus der Kirche heraustretenden Rektor mit Drohungen und Schmähreden angingen. Derselbe machte den begütigenden Vorschlag, ausführlichen Aufschluß im Wege einer freien Versammlung über die Sache geben zu wollen, fand es aber am gerathensten, da Niemand ihm Gehör schenkte, sich zu entfernen. —

Wenn man nun hier sieht, wie ein Mann, unter dessen 14jähriger, pflichtgetreuer Amtsführung die Anstalt trotz bedeutender Hindernisse dennoch recht erfreuliche Resultate geliefert, von hiesigen Einwohnern, man möchte sagen, zum Theil von seinen ehemaligen Schülern eine solche Kränkung erfahren muß, noch dazu nach eben beendigtem Gottesdienste, so mag dies ein Maßstab sein zur richtigen Beurtheilung und Würdigung des Erfolges der geistlichen Schulinspektion.

⊙ **Mieszkow**, den 14. August. Die katholische Geistlichkeit hiesiger Gegend, gegenwärtig machtlos eine neue Insurrektion zu schaffen, giebt uns mit wenigen Ausnahmen den Beweis, daß dieselbe gleich dem ewigen Juden nie ruhen kann, und sich immer nach Etwas anderem sehnt, als was ihres Berufes ist. In **Schildberg** wird durch Reden über die Aufhebung der Klöster und deren alleinige Verwendung für protestantische Zwecke das Volk in Harnisch gebracht, hier indeß sucht man durch Drohungen auf die Lehrer einzuwirken, um Letztere zum Widerruf der schon beantragten Trennung der Schule von der Kirche zu bestimmen, ja in **Jarocin** ist über diesen Gegenstand am 13. d. Mts. von dem Pfarrer K. zu **Radlin** sogar in der Kirche gesprochen worden, und es ist wahrscheinlich, daß die Einwohner des Ortes eine Petition absenden werden, worin das Verlangen ausgesprochen werden wird, daß die Verbindung der Schule mit der Kirche in voller Bedeutung erhalten werde. — Als Graf Schwerin die Lehrer-Conferenzen unterm Vorsitz der Landräthe anordnete, klagten die Lehrer der alten Provinzen über diese Bevormundung, wir haben indeß jetzt erst Ursache gegen dieses Verfahren, unsere Anträge zu inhibiren, und über diese Bevormundung, Bürgern eines konstitutionellen Staates unwürdig, öffentlich Protest einzulegen, insofern uns, wenn wir Letzteres nicht ausführten, mit Recht der Vorwurf der Immaturität gemacht werden könnte.

Köln, den 12. August. Die vom Dombau-Fest-Komité nach Berlin gesandte Deputation ist gestern Abends zurückgekehrt, erfreut über die überaus freundliche Aufnahme, die sie gefunden. Se. Maj. der König hat in einer vorgestern im Beisein des Hrn. Minister-Präsidenten und des Hrn. Ministers des Inneren auf Sanssouci bewilligten Audienz die Einladung zu dem Festmahle auf dem Gürzenich huldreichst angenommen, jedoch den Beginn des Mahles kurz nach Beendigung der kirchlichen Feier (gegen 1 bis 1½ Uhr) gewünscht, um Gelegenheit zu haben, später das in Brühl bereits angeordnete Diner dem Herrn Reichsverweser und den sonstigen hohen Gästen zu geben. Ihre Majestät die Königin hat das lebhafteste Bedauern ausgesprochen, aus Rücksichten für ihre Gesundheit den Anstrengungen der raschen Reise sich nicht unterziehen zu dürfen und dadurch an der Theilnahme der Festlichkeit in der Mitte der Kölner verhindert zu sein. Die Deputation hatte die Ehre, zur Königlichen Tafel gezogen zu werden.

Münster, den 11. August. Der Ober-Landesgerichts-Assessor **Fischer** in Posen, ein junger Münsteraner und Convertit, ist so eben zum Abgeordneten für Berlin — ohne engere Wahl (mit 18 Stimmen gegen 14) — gewählt worden. Er ist bekannt geworden als Vertheidiger der Polen-Sache und als angeblicher Verfasser einer Adresse gegen Flottwell, gegen welchen hier, wegen seiner Unterstützung des Gritzner'schen Antrages, stark agitirt wird. Die Adresse liegt hier bei einer großen Anzahl von Gastwirthen und Bierbrauern zur Unterzeichnung auf. Sie lautet:

Hohes Staatsministerium! Se. Excellenz, der Wirkliche Geheime Staatsminister und Ober-Präsident der Provinz Westfalen, Herr **Flottwell**, hat in einem Antrage an die Reichs-Versammlung zu Frankfurt den katholischen Glauben, die katholische Kirche und ihren Priesterstand beschimpft. Die Grundsätze, die Unwahrheit, die Intoleranz, die in diesem Antrage ausgesprochen, die Ungeschicklichkeit desselben und seiner schleunigen Zurücknahme, die frühere Wirksamkeit dieses Mannes, sowohl bei uns als in dem Großherzogthume Posen, machen ihn, der niemals das Vertrauen der Provinz besessen, unfähig, länger Vorsteher derselben zu sein. Wir Bewohner der Provinz Westfalen fordern: „daß er schleunigst seines Amtes entlassen und durch einen Mann, der das Vertrauen der Provinz sich erworben, ersetzt werde." Münster, den 6. August 1848.

Frankfurt, den 6. August. Der unvermeidliche Umstand, daß von der Deutschen Nationalversammlung die Entwerfung und Berathung des Grundgesetzes über die Gesammtverfassung Deutschlands stückweise erfolgen muß und erfolgt, giebt zu manchen Unsicherheiten, schiefen Auffassungen und Mißdeutungen Anlaß. Wie sich das schon bei den sogenannten Grundrechten, die man vor Allem festzustellen beschlossen, vielfach kundgegeben hat; so ist es besonders bei dem zweiten Theile der Fall gewesen, welcher die künftige Reichsgewalt in ihrem Verhältnisse zu der Staatsgewalt der einzelnen Deutschen Lande zur Aufgabe hat. Hier ist es sogar hervorgetreten, noch ehe einmal ein wirklicher Entwurf vorliegt, auf Grund eines gar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten bloßen Leitfadens zu den Berathungen des Ausschusses. Er hat, in die Zeitungen überall aufgenommen, in einzelnen Ländern Empfindlichkeiten erregt, als stehe ihnen Vernichtung ihrer Besonderheit bevor, und die Mißstimmung ist in zum Theil sehr gehässiger und bedenklicher Weise laut geworden. Es wird daher nicht überflüssig sein, auf ein bedeutendes Mißverständniß aufmerksam zu machen. Man hat übersehen, daß in diesem Leitfaden nicht in dem Sinne von der „Reichsgewalt" die Rede ist, wie sie als prov. Centralexekutivgewalt in einem Reichverweser geschaffen worden, sondern von der künftigen definitiven Reichsgewalt in ihrer Gesammtgliederung, deren Entwickelung dem folgenden Theil noch vorbehalten ist, deren Anschauung aber zur richtigen Würdigung des schon jetzt Vorliegenden wesentlich gehört. Diese Reichsgewalt wird sich nicht in einem „Reichsoberhaupte" allein personificiren, sondern unzweifelhaft aus drei Elementen zusammengesetzt sein, einer Volkskammer, einem Staatenhause oder wie die Benennung und Einrichtung sein mag, und einem Oberhaupte. Faßt man das unbefangen ins Auge, so wird nicht verkannt werden können, daß die Furcht vor „Mediatisirung," wie man sich ausgedrückt hat, der Grundlage entbehrt; daß in jenen Elementen die einzelnen Lande („Regierungen und Völker") mit vertreten sein werden; daß, was die einzelnen Lande an particulairer „Souverainetät" abgeben, in der Reichsgewalt wohl aufgehoben ist und fortdauert. Das Maaß dieser scheinbaren Opfer der bisher ganz selbstständigen Staaten wird gewiß nicht ohne reifliche und besonnene Erwägung aller Verhältnisse bestimmt und die Grenzen des Nothwendigen und Möglichen innegehalten werden. Soll aber auch in diesem Sinne das zur Einheit des Bundesstaates Erforderliche nicht aufgegeben, sondern in die neue Schöpfung sogleich von vornherein der Keim ihrer Zerstörung aufgenommen werden: dann freilich wird der Versuch selbst, einen lebenskräftigen Bundesstaat zu bilden, als ein eitler aufzugeben sein, die Verantwortung aber den treffen, der ihn vereitelte.

Frankfurt a. M., den 9. August. Der Oesterreichische Reichstagsabgeordnete Gritzner hat nebst 3 Genossen einen Antrag auf Abschaffung des **kirchlichen Cölibats** gestellt. Unter den Unterzeichnern finden wir u. A. Sommaruga, Auersperg, Flottwell, J. Grimm, Eisenmann, Zitz, Giskra, Kolatzek, Schilling, Berger, Schuselka, Vischer, Vogt, Haßler, Esmarch, Spatz, Blum, Möring, Kuenzer, Schaffrath, Titus, Schlöffel, Tafel, Kolb, Ruge, Eisenstuck, Freudentheil, Plathner, Wigard, Behr, Nauwerk, Ruhwandl, Lette, Pagenstecher, Zeitteles. Gegen diesen Antrag haben drei Römisch-Katholische Bischöfe nebst 65 andern Abgeordneten gleicher Confession bereits eine Verwahrung an die Nationalversammlung eingegeben, in welcher sie diese verwarnen: in die innern Verhältnisse und das gesammte Leben der (Römisch-) katholischen Kirche einzugreifen und durch einen Conflikt mit derselben eine Bahn zu betreten, auf welcher ihr (der Reichsversammlung) die Vollendung ihres Werkes unmöglich werden würde. Unter den erwähnten Römischen Protestanten gegen die eventuellen Beschlüsse der Deutschen Reichsversammlung, welchen sich, dem Vernehmen nach, mehre protestantische Deutsche angeschlossen haben, finden wir bekannte Namen, wie Max v. Gagern, v. Linde, v. Schmerling, Philipps, Sepp, v. Radowitz, Dieringer, Döllinger, Janiszewski, Edel, Deiters, Mareck, v. Lassaulx, v. Würth, Lichnowski. Besondern Anstoß gibt den Verfechtern des geistlichen Cölibats die Theilnahme Flottwell's an dem Gritzner'schen Antrage. Uebrigens wird Letzterer, vorläufig im Stillen, durch eine sehr große Zahl Römisch-Katholischer Geistlicher unterstützt, welche seiner Zeit ihren protestirenden Bischöfen kräftig die Wage halten werden.

Frankfurt a. M., den 11. August. (O. P. A. Z.) 58ste Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung am 10. August. (Schluß). **Simson** aus Stargard: Man spricht von souverainen Wahlkreisen; wäre jeder Wahlkreis souverain, wir würden bald zu einem Zustande kommen, gegen welchen die von einem Redner bei früherer Veranlassung als Miseren bezeichneten acht und dreißig Nationalitäten ein Paradies sein würden. Ich kann nur tief beklagen, daß ein Mann, der nach allen Berichten außergewöhnliche Gaben des Geistes und des Herzens besitzt, durch seine Verblendung sich unmöglich gemacht hat für die Mitwirkung beim Aufbau der Verfassung, wozu er so sehr berufen gewesen wäre. Er hat aber gefehlt gegen die ewigen Grundsätze des Rechts, und nur nach langer Sühne wird er wieder eine Stätte in Deutschland finden können. — Der Vorsitzende, Vicepräsident **von Hermann**, welcher den Präsidentenstuhl seit der Diskussion über die Wahl in Thiengen eingenommen hat, verliest einen Verbesserungs-Antrag von Fuchs aus Breslau, nach welchem Hecker nicht eher zugelassen werden soll, bis er dem Richter sich gestellt und ein freisprechendes Urtheil erlangt hat. **Vogt**: Wenn ich gegen drei Vorredner, Abgeordnete aus Preußen, spreche, so bitte ich es nicht als Beleidigung des Volksstammes zu deuten. Herr Welcker hat neulich den Vorschlag Struve's, über die Einführung der Republik in Baden abstimmen zu lassen, abgeschmackt genannt. Ich hoffe, daß diese Abgeschmacktheit in unsere neue Verfassung aufgenommen wird; sie ist das einzige Mittel, Revolutionen zu verhüten und den Volkswillen zu erfahren. Man sagt, Hecker habe gegen den Volkswillen gehandelt; ich könnte eben so gut das Gegentheil behaupten. Das einzige Mittel, die Majorität zu ergründen, wäre dasjenige, welches Welcker abgeschmackt genannt. Auf materielle Gründe einzugehen, führt zu gefährlichen Konsequenzen, die Konsequenz wäre, daß die Majorität in Aeußerungen von Abgeordneten ganzen Hochverrath finden könnte, wie neulich schon halber gefunden wurde. Dann würde nach der Konsequenz ein Ausschluß erfolgen. In keinem Wahlgesetze, wenigstens nicht in dem Badischen, steht etwas von einem materiellen Ausschließungsgrunde, weil Jemand wegen Hochverraths in Anklagestand versetzt ist. In dem Ausschuß-Bericht habe ich ein Schreiben der Badischen Regierung gesehen, welches an Monstruosität Alles übertrifft, was ich von Regierungen gesehen habe. Daß man durch Abgabe eines Stimmzettels Hochverräther wird, übersteigt alle frühere Definitionen des entfernten Versuchs von Hochverrath nach Metternich und Konsorten. Dann will die gereinigte, den Weg des Fortschritts wandelnde Badische Regierung eine Minoritätswahl! Ich muß den Präsidenten fragen, ob das Produkt der Minoritätswahl, Herr Buhl, hier ist, die Legitimation schon im Sack hat, um sie nöthigenfalls zu produziren. Ich weiß nicht, ob es so ist; aber ich habe es erzählen hören. Der Präsident **von Gagern**: „Herr Buhl ist nicht hier; er hat keine Legitimation im Sack und hat mir erklärt, daß er nie eine Minoritätswahl annehmen werde. **Sachs** (vom Platze aus): Buhl hat mir selbst die Legitimation gezeigt. Präsident **von Gagern**: Buhl hat keine Legitimation zum Zweck der Geltendmachung einer Minoritätswahl. **Vogt**: Ich schenke der Erklärung des Präsidenten vollen Glauben; sie schließt freilich nicht aus, daß die Urkunde zu dem Zweck ausgefertigt war. Man sagt, Hecker drohe immer noch mit Einfall. Hecker hat nie einen Einfall beabsichtigt. — Der Redner verliest einen umfassenden motivirten Antrag, nach welchem, die National-Versammlung beschließen soll, sowohl über die eingegangenen Petitionen, als über das Schreiben der Badischen Regierung zur Tagesordnung überzugehen, es aber der Badischen Regierung zu überlassen, wegen der Verhaftung Hecker's weitere Anträge zu stellen. — Der **Vorsitzende** ver-

liest eine Erklärung von Sachs aus Mannheim, etwa folgenden Inhalts: Ich erkläre auf mein Ehrenwort, daß mir Herr Buhl selbst die für ihn ausgefertigte Legitimations-Urkunde gezeigt hat. Präsident v. Gagern: Ich kenne Herrn Buhl als einen vollkommenen Ehrenmann, und er hat mir versichert, daß er eine Legitimations-Urkunde zum Zweck der Wahl nicht angenommen habe. Buhl ist in Darmstadt und war vorgestern hier, ich konnte also sagen, er sei nicht hier. Vogt: Ich habe nicht gesagt, daß Buhl die Urkunde im Sack habe, ich habe nur vom Hörensagen gesprochen und Auskunft gewünscht. Sachs: Ich würde jene Mittheilung nicht gemacht haben, wenn ich nicht Lügen gestraft worden wäre. Es war übrigens nicht gegen Herrn Buhl gesprochen worden, sondern nur davon, daß die Badische Regierung eine solche Urkunde ausstellen konnte. Präsident von Gagern: Ich frage, ob im Ton des Redners kein Vorwurf gegen Buhl lag. Vogt: Ich kenne Buhl gar nicht und habe ihn nicht angreifen wollen. — Die Debatte über die Hauptfrage wird auf Andringen vieler Mitglieder geschlossen. von Lichnowsky verlangt namentliche Abstimmung über den Ausschußantrag, Wigard über den Antrag von Kolb, Vogt etc. Es entspinnt sich eine Diskussion über die Fragestellung; die Versammlung beschließt, zuerst über den Ausschuß-Antrag abstimmen zu wollen, dahin lautend: Die National-Versammlung wolle die am 7. Juni in dem vierten Badischen Wahlbezirke (Thiengen) vorgenommene und auf den Dr. Friedrich Hecker aus Mannheim gefallene Wahl eines Abgeordneten zur konstituirenden Deutschen National-Versammlung für ungültig und unwirksam erklären, demgemäß die Badische Staats-Regierung veranlassen, unverzüglich eine anderweite Wahl in jenem Bezirk anzuordnen, mit 350 gegen 116 Stimmen angenommen. Nach einer Diskussion der Tagesordnung der morgentlichen Sitzung wird die heutige um $3\frac{1}{4}$ Uhr geschlossen.

In der heutigen Sitzung wurde nach Erledigung mehrerer Interpellationen an einzelne Ausschüsse zur Debatte über einen Antrag von Osterrath und Genossen geschritten, nach welchem der jeweilige Präsident eine vom Tage der Wahl an laufende monatliche Entschädigung von 2000 Fl. aus Reichsmitteln erhalten soll, auf welche zu verzichten es ihm nicht freisteht. Der Antrag wurde angenommen. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses, betreffend die Separat-Verhandlungen und Verträge Deutscher Staaten mit Dänemark, dann die von der Dänischen Regierung zu leistende Entschädigung für die Beschlagnahme Deutscher Schiffe. Die Versammlung beschließt, über einen Antrag von Nauwerck bezüglich des Abschlusses von Separatverträgen Deutscher Staaten mit Dänemark zur Tagesordnung überzugehen. Desgleichen über die anderen Anträge wegen des Sundzolls, der Entschädigung für das Embargo unter Verweisung der Anträge etc. an die Centralgewalt zur Tagesordnung überzugehen (nach dem Ausschuß-Antrage.) Ferner beschloß die Versammlung, die Petition der Dampfschifffahrt zu Ulm um Schutz gegen gewaltsame Eingriffe in ihr Schifffahrtsrecht auf der Donau der Centralgewalt zur geeigneten Erledigung zu überweisen. Schluß der Sitzung nach 3 Uhr.

Frankfurt a. M., den 12. Aug. (O. P. A. Z.) 59ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Die Sitzung wird durch den Präsidenten von Gagern eröffnet. Dietsch von Annaberg interpellirt den Präsidenten wegen der seit verflossenem Mittwoch vorgenommenen Verkleinerung des Raumes der Zuhörer-Tribüne und kündigt für den Fall der Fortdauer der neuen Einrichtung einen Antrag an. Der Präsident erinnert, daß die Anordnungen bezüglich der Räumlichkeiten bisher immer als Sache des Büreau's betrachtet worden sind, welches die gegenwärtige Beschränkung für die Dauer für nothwendig erachtet, weil bisher die Zahl der Zuhörer unverhältnißmäßig groß und es dadurch unmöglich war, Ordnung zu halten, oder ohne großen Zeitverlust die Tribüne zu räumen. Auch wird beabsichtigt, den gewonnenen Raum für Zimmer zu benutzen. Dietsch ist durch diese Auskunft nicht befriedigt und beantragt, die National-Versammlung wolle beschließen, daß die Oeffentlichkeit der Sitzungen in früherer Weise bleibe. Der Antrag wird für nicht dringlich erachtet und an den Ausschuß gewiesen. — Es kommt nunmehr ein Antrag von Osterath und Genossen, dem jeweiligen Präsidenten eine monatliche, vom Tage der Wahl an laufende Entschädigung von 2000 Fl., auf welche zu verzichten demselben nicht freistehe, aus Reichsmitteln zu verwilligen, v. Saucken, Osterrath, Cetto, v. Neuwall, Glaß etc. sprechen für den Antrag. Es darf hierbei nicht kleinlich gekargt werden. Der Vergleich mit anderen Ländern, wenn er überhaupt nöthig wäre, zeigt das Angemessene der ja nur auf einen Monat verwilligten Summe. Der vorliegende Fall besteht für sich allein und kann keinen Maßstab für andere Gehalte geben; jedenfalls wäre es die höchste Stufe der Skala. Es darf nicht vergessen werden, daß der Präsident zu repräsentiren hat, daß er Gelegenheit haben muß, die Abgeordneten sämmtlicher politischer Richtungen bei sich zu versammeln. Dagegen wurde von Venedey, Brunck, Dietsch, Vogt etc. geltend gemacht, daß es sich lediglich um eine Geldfrage und um eine präjudizielle handle, an deren Entscheidung sich wichtige Konsequenzen für die Gehalte der übrigen Reichsbeamten knüpfen, für welche jene Entschädigung der Maßstab sein werde. Sind in einzelnen Staaten die Minister etc. besser, d. h. übermäßig bezahlt, so muß die National-Versammlung gerade ein Beispiel geben. Einer Repräsentation bedarf es im Grunde nicht. — Der Gegenantrag lautet auf Verwilligung von monatlich 1000 Fl. Der erste Antrag wird mit sehr großer Majorität angenommen. — Es wird hierauf zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, dem Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses, betreffend die Separat-Verhandlungen und Verträge Deutscher Staaten mit Dänemark, dann die von der Dänischen Regierung zu leistende Entschädigung für die Beschlagnahme Deutscher Handelsschiffe geschritten.

Der von Cucumus erstattete, gedruckt vertheilte Bericht (bezüglich der Separat-Verhandlungen Deutscher Staaten mit Dänemark etc.) führt aus: Daß gegen einen Antrag Preußens bei dem Deutschen Bundestage auf Veranlassung des Embargo gegen die Dänischen Schiffe in allen Deutschen Häfen die freien Städte Hamburg und Lübeck remonstrirten, und in Folge dessen die Bundes-Versammlung am 8. Mai l. J. in Uebereinstimmung mit dem Funfziger-Ausschuß den Beschluß faßte: Nachdem Dänischerseits auf Deutsche Schiffe Embargo gelegt worden, würde der Bundes-Versammlung zwar das volle Recht zustehen, eine gleiche Maßregel anzuordnen, doch will sie eine solche nicht allgemein verfügen, wobei sie aber von der Voraussetzung ausgeht, daß Dänemark zum Ersatze des durch den von ihm angeordneten Embargo der Deutschen Schifffahrt zugefügten Schadens verpflichtet und demnach bei der Vermittelungs-Verhandlung darauf zu halten sei." In Folge dieses Beschlusses mußten sich die betreffenden Staaten allerdings für berechtigt, aber nicht für verpflichtet halten, Embargo auf Dänische Schiffe zu legen. Verschiedene Staaten hoben es auf, und als auch die Besezzung Jütlands wieder aufgegeben wurde, verschwand die unterpfändliche Sicherheit für den Ersatz des durch die Wegnahme Deutscher Handelsschiffe zugefügten Schadens, und hierin lag die Veranlassung zu verschiedenen Anträgen und Petitionen bei der National-Versammlung: a) ein Antrag des Abgeordneten Nauwerck betrifft den angeblichen Abschluß von Separatverträgen Deutscher Staaten mit der Dänischen Regierung, gemäß welcher jene die Eigenschaft neutraler Staaten angenommen hätten, und geht dahin, die Ehre Deutschlands zu wahren. Desselben Betreffs ist eine vom Abgeordneten Müller aus Köln überreichte Eingabe aus dem Kreise Gummersbach in Rheinpreußen; b) ein Antrag der Abgeordneten Stavenhagen, Schubert aus Königsberg etc. bezweckt die Zurücknahme des Beschlusses der Bundes-Versammlung vom 8. Mai l. J. und die Einleitung gemeinsamer Maßregel für ganz Deutschland gegen die von Dänemark gegen den Deutschen Handel fortdauernden Feindseligkeiten; c) von den Abgeordneten von Reden, Dröge, Merk, Fallati und Franck wurde ein Antrag eingebracht, bezwekkend den Auftrag an die Centralgewalt, bei den dereinstigen Friedens-Verhandlungen mit Dänemark dem Umstande die gehörige Beachtung zu widmen, daß zwischen Deutschen Staaten und Dänemark von früher her noch Verträge bestehen, welche mit der Neugestaltung Deutschlands unverträglich und daher zu beseitigen sind; d) ein Antrag des Abgeordneten Kosman und eine Petition der kaufmännischen Corporation Danzig's verlangt die Anerkennung der Solidarität des sich neu konstituirenden Bundesstaats für die Vermögens-Verluste der Ostseeländer durch die Dänischen Feindseligkeiten gegen den Deutschen Handel; e) eine weitere Petition aus Leer in Ostfriesland beantragt, daß die Herausgabe oder Erstattung der genommenen Schiffe als Friedens-Bedingung gestellt werde. (Schluß folgt.)

Aus Baiern wird über die schon charakterisirten Vorschläge der Preußischen Regierung an sämmtliche Deutsche Höfe zu einer Vereinbarung wegen Ausführung des Beschlusses der Deutschen Nationalversammlung vom 28. Juni 1848 in Betreff der am Sitze der provisorischen Centralgewalt für Deutschland von den Landesregierungen zu bestellenden Bevollmächtigten mitgetheilt. In dem Collegium dieser Bevollmächtigten sollten diesem Gutachten zufolge als Einheiten vertreten werden: 1) Oesterreich, 2) Preußen, 3) Baiern, 4) Königreich Sachsen mit Sachsen-Weimar sowie mit den herzogl. Sächsischen, fürstl. Schwarzburgischen und fürstl. Reußischen Landen, 5) Württemberg und Baden mit den fürstl. Hohenzollernschen Landen, 6) Hannover mit Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig, Holstein und Lauenburg, Schaumburg, Lippe und den freien Hansestädten, 7) die beiden Hessischen Hauptstaaten mit Hessen-Homburg, Nassau und Frankfurt. Die Vertreter der gedachten sieben Einheiten sollten einen Rath bilden, der über die gemeinsamen mit der provisorischen Centralgewalt zu verhandelnden Angelegenheiten der von ihnen vertretenen Regierungen nach Stimmenmehrheit Beschlüsse faßt. Bei dergleichen Beschlußfassungen sollten Oesterreich und Preußen jedes für sich drei Stimmen abzugeben haben, und sich, wenn sie es für nöthig finden, durch eben so viele Bevollmächtigte im Rathe vertreten lassen. Jede von den übrigen Curien sollte nur eine Stimme führen. (N. Kur.)

Hamburg, den 8. August. Hier hat gestern in der Tonhalle eine lebhafte, von 1800 Personen besuchte Versammlung stattgefunden, in welcher folgende Beschlüsse gefaßt worden sind: „Die Versammlnng erklärt hierdurch: 1) daß sie eine konstituirende Versammlung für nothwendig hält, weil nur eine durch eine solche bewirkte Umgestaltung dem Begriffe der Volkssouverainität entspricht, und weil es sich um solche umfassende polititische und sociale Verbesserungen handelt, zu denen ein Neubau erforderlich ist, wie er nur durch neu dazu berufene Vertreter des gesammten Volkes beschafft werden kann; 2) daß die definitive Annahme der Staatsverfassung nur unter der Bedingung rechtliche Kraft und Gültigkeit erlangen könne, wenn die Sanktion des Verfassungsgesetzes in der Urversammlung durch einen Majoritätsbeschluß aller mündigen Staatsangehörigen erfolgt sei; 3) daß der Rath und erbgesessene Bürgerschaft nicht ferner für berechtigt erachtet werden können, die gesetzgebende Gewalt in unsrer Republik auszuüben, sondern daß vielmehr jeder noch etwa zu erlassende Rath- und Bürgerbeschluß als ein Attentat gegen die Souverainität des Volks anzusehen sei, dem kein hiesiger Staatsangehöriger Gehorsam zu leisten brauche; 4) daß namentlich jeder in Folge solcher anmaßlichen Rath- und Bürgerbeschlüsse erlassene Befehl, Steuern oder Abgaben zu bezahlen, in rechtlicher und politischer Hinsicht als null und nichtig zu betrachten sei; 5) daß gleichfalls aus den fernerweitigen, in Gemäßheit eines Rath- und Bürgerbeschlusses zu kontrahirenden Anleihen oder zu verkaufenden Staatsschuldscheinen der zweiten Hälfte der Prämienanleihe der Staatskasse überall kein Präjudiz erwachsen könne, sondern daß vielmehr die Uebernehmer solcher ungültigen Verträge sich lediglich an die Privatkasse der unbefugterweise kontrahirenden Staatsbeamten zu halten haben. — 6) Die Versammlung erklärt sich bis zur Errichtung der konstituirenden Versammlung für permanent und hält alle Montage Sitzungen, sei es in geschlossenen Räumen, sei es unter freiem Himmel. — 7) Die Versammlung wählt bis zur nächsten Versammlung ein provisorisches Komité, bestehend aus den HH. Löwe, Trittau, Gallois, Ree und Marr." Man verband sich gestern feierlich,

Einer für Alle und Alle für Einen zu stehen und nicht eher zu ruhen, als bis man Alles erlangt habe, was man wolle. Der Jubel, mit welchem die einzelnen Beschlüsse angenommen wurden, war unbeschreiblich. Die nächste Versammlung wird wahrscheinlich eine große Volksversammlung sein.

Hadersleben, den 9. August. Diese Nacht überfiel eine starke Dänische Patrouille, aus Jütland kommend, eine 25 Mann starke Feldwacht des 2. Preußischen Kürassier-Regiments bei Hadersleben, tödtete sechs Mann derselben und nahm Einige gefangen. Die Uebermacht der Feinde war zu groß, so daß sie unsere Soldaten, trotz des tapfern Widerstandes, überwältigen mußten. Jetzt stehen unsere Truppen nur noch 1—1½ Meilen von der Jütischen Grenze entfernt und weeden dieselbe wahrscheinlich in den nächsten Tagen überschreiten. Die Mecklenburgische Brigade ist jetzt in die äußerste Linie eingerückt und bildet nebst der Preußischen Garde-Brigade die Spitze der Armee. Trotz des strömenden Regens, der bei dem starken Vorpostendienst sehr beschwerlich fällt, ist der Geist der Truppen ein sehr vortrefflicher. In Jütland soll der Landsturm aufgeboten sein und alle Männer bis zu 50 Jahren unter den Waffen stehen.

Apenrade, den 8. August. Am heutigen Tage ist der Oberstlieutenant v. Treitschke, Flügeladjutant Sr. Majestät des Königs von Sachsen im Hauptquartier angelangt. Kurz vorher war der Nassauische Hauptmann Simon angekommen. Die Sendung beider Offiziere bezieht sich dem Vernehmen nach auf den Zuzug der Hülfstruppen aus den entsprechenden Bundesländern. Die Nassauer und Frankfurter werden, 4 bis 5000 Mann stark, bereits den 11. d. M. in Altona erwartet. Der Ankunft Sächsischer Truppen kann man gleichfalls binnen Kurzem entgegensehen, und somit beginnen die Zusicherungen, welche der Reichskriegsminister, General Peucker, ertheilt, sich zu verwirklichen. Diejenigen, welche an dem Zustandekommen einer gemeinsamen Maßregel dieser Art gezweifelt, werden binnen Kurzem eines Bessern belehrt sein, und mit Freuden begrüßen wir darin die Verwirklichung der Idee eines einigen und in seiner Einigkeit starken Deutschlands.

Altona, den 10. August. Nach glaubwürdigen Mittheilungen wird der Reichsminister Dr. Heckscher, wie man wissen will, von einem andern diplomatischen Bevollmächtigten (dem Unterstaatssecretair der auswärtigen Angelegenheiten, Mevissen?) begleitet, in diesen Tagen hier durch und nach dem Hauptquartier reisen, um im Namen der Centralgewalt den Abschluß eines Waffenstillstandes zu versuchen. — Die beiden Heere stehen einander kampfgerüstet, fast nur durch die Königsau getrennt, gegenüber. Der Zuzug der Frankfurter hat eine Verzögerung erfahren, ist aber nicht, wie seit gestern gerüchtweise behauptet worden, contremandirt worden. Vielmehr werden morgen um 2 Uhr Nachmittags 1039 Mann Frankfurter in Harburg ankommen.

Wien, den 13. August. Die „Wiener Zeitung" schildert in folgender Weise den enthusiastischen Empfang des Kaisers, während andere Blätter sich viel kühler darüber auslassen. Gestern um 5 Uhr Morgens fuhr der Gemeinde-Ausschuß der Stadt Wien in Begleitung der Deputationen des Magistrats, des Verwaltungsrathes der Nationalgarde, des vereinigten Ausschusses der Bürger Nationalgarde und der akademischen Legion, der Universitäts-Dekane und Prokuratoren, dann des hier garnisonirenden Militairs mittelst Dampfschiff von Nußdorf dem Kaiser nach Stein entgegen, um Allerhöchstdemselben im Namen der ganzen Kommune der Residenzstadt Wien ehrfurchtsvollst zu begrüßen und den freudigen Ausdruck über dessen Rückkehr darzubringen. Um halb 2 Uhr langten Ihre Majestäten in Stein an. Nachmittags um 5 Uhr landeten Ihre Majestäten in Nußdorf unter dem begeisterten Jubelrufe der am Ufer zahllos harrenden treuen Bevölkerung. Von den Ministern und der Generalität an der Landungstreppe empfangen, an deren obersten Stufe von dem Herrn Prälaten von Klosterneuburg, begaben sich Ihre Maj. durch Reihen von blumenstreuenden Mädchen zu den bereitstehenden Hofwägen und begannen die Fahrt in Ihre Residenz, welche mit innigster Sehnsucht der Ankunft des Monarchen entgegensah. Am Landungsplatz in Nußdorf waren Empfangszelte und ein großer Triumphbogen errichtet, mit Deutschen Fahnen und jenen der Oesterr. Länder geschmückt. Im sogenannten Unterörtl war ein zweiter Triumphbogen, im Oberörtl 2 Pyramiden, innerhalb der Nußdorfer Linie beim Eingang in die Hauptstraße der Vorstadt Thury abermals ein Triumphbogen. Am Beginne jedes Vorstadtgrundes war die Schuljugend aufgestellt, und weißgekleidete Mädchen mit Oelzweigen und Blumen in den Händen; die Kaiserin nahm mit Huld die zahlreichen Blumenspenden an. Sehr viel Häuser waren geschmackvoll dekorirt, Blumen und Laubgewinde sah man allerwärts und die Nationalgarden hatten durchgehends Blumensträuße und Kränze an den Fahnen und Blumen in die Gewehrläufe gesteckt. Am St. Stephansdome angelangt, wurden Ihre Majestäten am Riesenthore von den Ministern und der gesammten Generalität und Abtheilungen der Deutschen, Ungarischen und Lombardisch-Venetianischen Garde empfangen; im Presbyterium befanden sich Mitglieder des Reichstages. Der Weihbischof celebrirte das Te Deum, nach welchem Ihre Majestäten unter Vortritt der gesammten Geistlichkeit, mit Ihrem Gefolge, zu den Wagen Sich zurückbegaben. In Schönbrunn langte der Zug 10 Minuten nach 8 Uhr an. In der vorderen Abtheilung des großen Saales wurden Se. Majestät von den Abtheilungen der Ausschüsse und einer großen Anzahl Nationalgarden erwartet, im innern Saale von den Mitgliedern des Reichstages. Als der Kaiser und die Kaiserin, gefolgt von den Ministern und den Hofchargen den Saal betraten, stellte Höchstdenselben der Minister Freiherr v. Doblhoff den Präsidenten des Reichstages, Dr. Franz Schmitt vor, welcher Se. Majestät mit einer, die treue Ergebenheit der Oesterreicher aussprechenden Rede begrüßte. Enthusiastischer Jubelruf der ganzen Versammlung folgte der Rede, welche Se. Majestät mit huldvollen Worten erwiederte, worauf er sich mit Ihrer Majestät in die Appartements begab. Der herrlichste Sommertag begünstigte das schöne Fest, das bei dem ungeheuren Wogen der Hunderttausende auch nicht durch den kleinsten Unfall getrübt wurde. Mit einbrechender Dunkelheit wurden nicht nur Stadt und Vorstädte, sondern auch die gegen Schönbrunn zu gelegenen Ortschaften beleuchtet; die alte Kaiserstadt war umflossen von einem wahren Lichtmeere, durchwogt von dem frohesten Volke, das den heutigen Tag, die Rückkehr des Kaisers, als den Tag eines erneuten Lebens begrüßte, das mit verjüngtem vollen Herzensschlag an der gewonnenen Freiheit sich jetzt erlabt und mit frischem Lebensmuthe und zurückgekehrtem Vertrauen der Realisirung ihrer köstlichen Güter entgegensieht.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 10. August. Der Messager berichtet: „Ein Schreiben aus Messina meldet, daß der Französische und der Englische Admiral gemeinschaftlich dem Regierungs-Präsidenten angezeigt haben, ihre Regierungen würden Sicilien auch ferner schützen und keinen Truppen des Königs von Neapel die Landung gestatten.

— Das Lamartinesche Bien public zeigt an: „Ein Curier ist nach Konstantinopel abgesandt worden, der dem General Aupick, unserem dortigen Gesandten, den Befehl überbringt, seine Pässe zu verlangen und binnen vierundzwanzig Stunden abzureisen, wenn die Französische Republik nicht feierlich von der Pforte anerkannt werde."

— Das Journal des Débats sagt heute, das Vertrauen auf die Erhaltung des Europäischen Friedens habe sich immer mehr befestigt, seitdem die Nachricht von Frankreichs und Englands Vermittelungs-Anerbieten in den Angelegenheiten Nord-Italiens offiziell bekannt geworden. Der Commerce hätte zwar gewünscht, daß die Republik ohne England selbstständig, wie die Vereinigten Staaten, hätte handeln können; da es aber nicht anders gehe, so pflichte er der eingegangenen Verbindung bei, in Betracht ziehend, daß die Englische Allianz von 1830 gleichfalls viel dazu beigetragen habe, einen auswärtigen Krieg zu verhüten.

— Das Cultus-Comité hat gestern die Ermäßigung des Gehalts der Kardinäle auf die Hälfte beschlossen; das Gehalt der Erzbischöfe zu 15,000 Frcs. und des Erzbischofs von Paris zu 40,000 will das Comité beibehalten, die Zahl der Erzbischöfe aber von 15 auf 10 vermindert wissen.

— Aus Algier vernimmt man, daß dort am 2. August ein Komplott unter den Militair-Sträflingen entdeckt wurde, welche auf Bona marschiren, das Arsenal in Besitz nehmen und den Oberst Dumontet so lange als Geisel in Haft halten wollten, bis die Regierung ihre Forderungen bewilligt haben werde. Der Plan ward verrathen, und zwanzig Rädelsführer wurden verhaftet.

— Frankreich beansprucht von Spanien bekanntlich noch eine bedeutende Summe für die Kriegskosten von 1823. Die Spanische Regierung soll jetzt ihre Zahlungsverpflichtung anerkannt haben und eine gemischte Kommission den Betrag der zu zahlenden Summe feststellen.

— Der Polizei-Präfekt hat einen dritten Bericht veröffentlicht, welcher die Zustände von Paris abermals als im Besserwerden begriffen darstellt.

— Mit Bestimmtheit wird behauptet, daß der hiesige Sardinische Gesandte Brignole Sale und Hr. Ricci in ihrer gestrigen Audienz bei Cavaignac amtlich die unverzügliche bewaffnete Intervention Frankreichs in Italien begehrt hätten. Cavaignac soll geantwortet haben, die Regierung der Republik habe dies Gesuch vorhergesehen und über den Gegenstand Unterhandlungen mit England eröffnet, deren schleuniges Ergebniß das von England und Frankreich gemeinsam ausgehende Vermittelungsanerbieten an die kriegführenden Parteien sein werde. Gestern Abend war versichert, daß beide Cabinete die Grundlage dieser Vermittelung schon festgestellt hätten und entschlossen seien, jedem Rechte Befriedigung zu gewähren und Alles aufzubieten, um Europa das Unglück eines allgemeinen Krieges zu ersparen. — Von hier und von Straßburg sind viele Polen zur Italienischen Armee abgegangen. — Louis Lucian Napoleon ist als Candidat für Corsica aufgetreten, da Louis Napoleon bekanntlich die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat. — Die Fürstin Czartoryska ist von Dresden hier angelangt. Ihr ältester Sohn dient in der Piemontesischen Armee. — Nicht 600, sondern nur 500 Gefangene sind vorgestern nach Havre abgeführt worden, von wo man sie nach Brest an Bord eines Linienschiffes bringen wird. — Der Polizeipräfekt hat berittene Polizeiagenten eingeführt, welche die Hauptstadt vom Einbruche der Nacht bis zum Morgen durchreiten sollen.

Spanien.

Madrid, den 29. Juli. Der Heraldo berichtet über eine vom politischen Gefe glücklich entdeckte und vereitelte Montemolinistische Verschwörung in der Hauptstadt, welche den Zweck hatte Geld, Waffen und Leute für Cabrera aufzubringen. Sieben Verschworene wurden zu Vicalbaro, einem Dorfe bei Madrid, verhaftet. Auch einem republikanischen Complot ist man auf die Spur gekommen; sechs Theilnehmer daran sind verhaftet, darunter zwei vormalige Offiziere. Cabrera stand, den letzten Berichten aus dem Norden zufolge, mit einem kleinen Anhang von 30 bis 40 Mann in der Sierra de Ubach, war aber so scharf verfolgt, daß er, wenn er nicht über die Gränze flüchtet, der Gefangennehmung schwerlich entgehen dürfte. Er soll sehr entmuthigt sein.

(Span. Bl.)

Italien.

Mailand, den 7. August. (Basl. Z.) Nach den (gestern gemeldeten) Schüssen in die Wohnung Karl Alberts wurde die Straße durch die Kavallerie gesäubert, und eine bedeutende Truppenmasse in die Gegend versammelt. Der König ließ sich nun seinen Schnurrbart abnehmen, und entfloh mit seinen Söhnen zu Fuß bis auf den Platz Belgiojoso, wo er in Mitte seiner Dragoner zu Pferde stieg, und sich dann mit der ganzen Armee, die nach und nach zusammengezogen wurde, nach Mitternacht davon machte. — Sonntag Morgens früh war der Jammer in der ganzen Stadt ungeheuer, und wie ich 4 Uhr Morgens durch die Staßen ging, sah ich eine Menge Familien, Männer, Weiber und Kinder nur mit kleiner Bagage weinend fortziehen. Die früher errichteten Barrikaden wurden so gut wie möglich abgetragen und alles auf den Einzug der

(Mit einer Beilage.)

Oesterreicher bereit gemacht. Schon um 3 Uhr rückten die Vorposten ein, und um Mittag hielt Radetzky seinen Einzug, der prachtvoll war, und wobei dasselbe Volk, das immer Morte al Tedeschi schrie, dem alten Feldmarschall ein lautes Evviva brachte. Es sind jetzt 80,000 Mann hier, und nächstens werden noch 20,000 unter Welden erwartet; die Ordnung ist musterhaft, so wie die ganze Disciplin der Soldaten, von Excessen ist noch kein Beispiel vorgekommen.

Chiasso. — Italien ist verloren. Karl Albert hat den dritten Verrath begangen. Nachdem in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend den 5. sich die Mailänder nebst Piemontesen tüchtig mit den Oesterreichern herumgeschlagen hatten, machte Karl Albert Sonnabend Morgens um 6 Uhr bekannt, daß er mit Radetzky eine Kapitulation abgeschlossen habe, laut welcher er Nachmittags abziehen werde und Abends 6 Uhr sollte Radetzky einziehen. Diese Nachricht brachte Stadt und Heer gegen ihn auf und selbst die Piemontesen wollten anfangs nicht gehorchen; hernach jedoch, weiß der Himmel durch welches Mittel, wußte Karl Albert sich wieder das Zutrauen seiner Truppen zu erschleichen und ist gestern morgen abgezogen, worauf Mittags zwölf Uhr die Oesterreicher in Mailand einzogen. Auch die Guardia Nationale wurde vom General Zucchi im Stich gelassen, indem er sich auf und davon machte. (Solcher ist gestern Nachmittag um 3 Uhr hier durchgefahren.) In der Nähe von Como hat sich General Garibaldi nebst Mazzini mit circa 2—3000 Mann auf einer Anhöhe verschanzt, und es könnte nun leicht sein, daß wir heute hier den Kanonendonner von dort her hören dürften, da die Oesterreicher heute noch von Como Besitz nehmen wollen. (N. Z. Z.)

Lugano, den 8. August. Gestern ist der Mailänder Kourier regelmäßig angekommen, heute aber nicht, weil Niemand nach Mailand weder hinein noch herausgelassen wird. Garibaldi soll mit einer Guerillabande noch in den Bergen von Como stehen, um noch einige nutzlose Streiche auszuüben. Die Oesterreicher sollen Alessandria besetzen wollen. (Basl. Z.)

Niederlande.

Amsterdam, den 5. August. So eben langt hier die wichtige Nachricht an, daß Se. Majestät der König durch eine motivirte Antwort verweigert habe, in die Entlassung des Hrn. Donker-Kurtius einzuwilligen, und daß sich dieser Staatsmann in das ausdrückliche Verlangen des Königs gefügt hat. — Es werden noch immer Adressen an den König zur Beibehaltung des Hrn. Donker-Curtius unterzeichnet. Gestern ging eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse der Stadt Leyden an Se. Majestät ab.

Belgien.

Brüssel, den 8. August. Man versichert, der Polnische General Skrzynecki, welcher 1839 in Belgische Dienste getreten, habe auf Karl Albert's Einladung ein Kommando im Sardinischen Heere angenommen. Mehrere Polnische Offiziere sollen ihm zu folgen geneigt sein.

Moldau und Walachei.

Bucharest, den 25. Juli. Alle Consuln der Europäischen Mächte in den Fürstenthümern haben bekanntlich gegen die Russische Invasion protestirt; nur Hr. Timoni, der zweideutige Vertreter der Oesterreichen Interessen und der böse Genius der Fürstenthümer, hat gleichgültig erklärt, daß er dazu keine Instruktionen hat. Oesterreich, dem die Unabhängigkeit der Donaufürstenthümer vom Russischen Einflusse weniger gleichgültig sein darf, als allen übrigen Europäischen Staaten, hat keinen tauglichen, keinen zuverlässigen Mann in Bucharest. Wird das vereinigte Deutschland fortfahren, eine eben so elende Rolle im Oriente zu spielen? Wird es die Donaumündungen verlieren wollen? — Die provisorische Regierung fordert zur Unterzeichnung einer Adresse an den Kaiser von Rußland auf. Dieselbe lautet:

Sire! Nachdem sich das Rumanische Volk mit Vorbehalt einer unabhängigen Verwaltung im Innern unter Souverainetät der hohen Pforte gestellt, hat es stets gegen jeden Versuch von innen oder von außen, dieses Recht, die erste und hauptsächliche Bedingung seiner Unterwerfung, anzugreifen, protestirt. Daher kam es, daß die zwischen der hohen Pforte und Rußland geschlossenen Traktate dieses Recht Rumaniens bekräftigten und sicherten durch die Bürgschaft der letzteren Macht. So hat der Traktat von Akjerman, in Berücksichtigung, daß Rumaniens Wohlfahrt durch Einsetzung fremder Fürsten stets gefährdet sei, dem Lande das Recht eingeräumt, sich seinen Fürsten aus seiner Mitte zu wählen; und im Jahr 1829, als sich das Bedürfniß einer socialen Reform noch fühlbarer machte, wurde durch die Traktate von Adrianopel das organische Reglement eingeführt. In allen diesen Verhältnissen hat der Kaiserl. Russische Hof bei Abschluß der Traktate mit der Pforte sich auf den Willen des Rumanischen Volks berufen, gestützt auf eine gewisse Anzahl Unterschriften von Personen, welche das Bedürfniß einer radikalen Reform weniger empfanden, denn sie gehörten Alle der privilegirten Klasse an. Das Rumanische Volk, welches in dem organischen Reglement die Morgenräthe seiner Freiheit und seines Heiles zu begrüßen wähnte, hat nach traurigen, siebenjähriger Erfahrung seinen Irrthum eingesehen und sich soeben durch eine friedliche, würdevolle Revolution Gesetze gegeben, welche mit den Fortschritten der Civilisation und den Bedürfnissen des Landes in besserm Einklange stehen. Diese Revolution war binnen drei Stunden vollendet, ohne daß man das mindeste Unglück zu beklagen hätte, ohne daß die öffentliche Ruhe nur einen Augenblick gestört worden wäre. Indem Fürst Bibesco, nachdem er die ihm zur Bestätigung vorgelegte Konstitution unterzeichnet, zwei Tage später die Regierung niederlegte, mußte eine provisorische Regierung, den Metropoliten an der Spitze, sich organisiren, und sie arbeitet seither ohne Unterlaß, die gute Ordnung aufrecht zu erhalten, welche nichts zu wünschen übrig läßt, und die neue Reform in Ausführung zu bringen, welche, da sie sich nur mit Ordnung der innern Angelegenheiten auf breitern und angemessenern Grundlagen befaßt, die Rechte keiner fremden Macht im mindesten verletzt. Diese neue, von dem einstimmigen Wunsche des Rumanischen Volks geforderte und festgestellte Ordnung der Dinge haben die Unterzeichneten die Ehre, im Namen des Volks zur Kenntniß Ew. Kaiserl. Maj. zu bringen, wie sie dieselbe auch zu gleicher Zeit im Angesicht Europas ausgesprochen, fest überzeugt, daß Ew. Maj. sie ansehen werden als eine natürliche Folge der Unabhängigkeit unserer innern Verwaltung, einer Unabhängigkeit, welche nothwendigerweise das Recht nach sich zieht, die Gesetzgebung des Landes zu modificiren, ja sie gänzlich umzuändern. Von diesem Grundsatz ausgehend, und ohne Zweifel über die Aufrichtigkeit der Sympathien, welche Rußland stets für uns an den Tag gelegt, leben wir der festen Hoffnung, daß Ew. Maj. dieses Werk friedlicher Regeneration, den einzigen und wahrhaften Ausdruck des Volkswillens anzuerkennen keinen Anstand nehmen werde. Endlich glauben wir erklären zu müssen, daß wir an ganz Europa appelliren, uns unter seinen unmittelbaren Schutz stellen und seinen Beistand ansprechen für den Fall, daß man unserm Recht und der neuen Ordnung der Dinge Anerkennung verweigern sollte.

— Hier sind folgende Dekrete erschienen: Im Namen des Rumanischen Volkes! Gerechtigkeit, Brüderlichkeit. Die provisorische Regierung dekretirt: Dem Willen des Rumanischen Volkes gemäß sind Rang und Titularwürden für immer abgeschafft. Fortan wird Niemand in was immer für einem öffentlichen Akt sich irgend einen Rang beilegen können. Der einzige Unterschied, der zwischen den Rumanen bestehen wird, ist der ihrer Tugenden und ihrer Verdienste um das Vaterland. — Durch ein zweites Dekret wird die Censur, welche, nach der Deutschen Bucharester Zeitung zu schließen, der Russischen wenig nachgab, auf ewige Zeiten abgeschafft; ein drittes ordnet die ungesäumte Errichtung einer Nationalgarde an; da aber in Bucharest Mangel an Feuerwaffen in noch höherm Grade als anderswo zu herrschen scheint, fordert ein Dekret jeden Bewohner der Hauptstadt auf, der im Besitze von zwei Gewehren ist, eins dem Staate zu leihen. Endlich wird im Civil- wie im Militairgericht die entehrende Prügelstrafe im ganzen Lande für immer abgeschafft.

Aegypten.

Alexandria, den 22. Juli. Zwei Cholerafälle im Lazareth von Alexandria zu Anfang d. M. waren isolirt und blieben ohne Folgen. Darum ist das Erscheinen der Cholera in der am rechten Ufer des Nil gelegenen Vorstadt Bulak für die Bevölkerung Egyptens so überraschend, daß der Schrecken darüber sich über das ganze Land verbreitete und die Einwohner muthloser machte, als selbst durch Ausbruch der Pest geschehen wäre. — Unter diesen Umständen hat der Sanitätsrath vorgeschlagen, die Truppen von Tura auf das linke Nilufer, wo merkwürdigerweise noch kein Unfall stattgefunden hat, zu kommandiren, alle Schulen zu schließen und überall alle Anhäufung zu beseitigen. Hier haben sich bereits alle Harems abgesperrt. Ibrahim's Sohn, Ahmet Bey und dessen Oheim Mehmet Ali Bey, haben gestern Alexandria am Bord einer Corvette verlassen und werden im Archipel herumsegeln, ohne irgendwo an's Land zu steigen. Ibrahim Pascha bleibt hier, will aber ein Linienschiff in Bereitschaft halten, um sich im Falle der Noth darauf zu flüchten. Hier steht der Glaube fest, daß die Cholera wesentlich ansteckend sei. Selbst die Moslim, welche an das Contagium der orientalischen Pest nicht glauben, scheuen sich vor Cholerakranken und halten öffentliche Gebete und großen Gottesdienst in den Moscheen der Stadt, um Abwendung dieser Calamität. Sehr viele Familien aus Europa flüchten von hier. Das morgen nach Malta abgehende Dampfboot hat alle Plätze an solche Passagiere vergeben, und mehrere Merkantilschiffe stehen in Frachtunterhandlung zu eben demselben Zwecke.

Dresden, den 8. August. Die Erfindung, Steine zu gießen, ist jetzt in Sachsen durch die Fabrik der Herren Gran und v. Boße in Zittau durch fortgesetzte Versuche zu sehr glücklichen Resultaten gelangt. Diese Fabrik liefert Marmorfußplatten, welche schöner und bedeutend billiger sind, als die von natürlichem Marmor, ferner Bimsteine, Wetz- und Schleifsteine, Sandsteine, Mühlsteine und ausgezeichnete Kunstgußgegenstände, z. B. Portraits, Rosetten, architektonische Verzierungen 2c. Diese Fabrikate sind in Dresden ausgestellt (Alaungasse No. 55 b.) und Erzeugnisse einer Erfindung, auf welche Deutschland stolz sein kann.

— Die Hängebrücke über den Niagarafällen für Fußgänger, ist jetzt fertig, und am 4. Juli für den Gebrauch eröffnet worden. Das Albany Journal sagt darüber: „Die Hängebrücke ist das erhabenste Kunstwerk auf unserm Kontinent. Ihr Anblick erregt Schwindel, und doch geht man darüber so sicher wie über eine andere Brücke der Art. Wir sahen es mit an, wie die Arbeiter die Planken über den furchtbaren Abgrund legten. Es sah gefährlich aus, aber von dem Augenblick an, da der erste Drahtstrang am Schweif eines Drachens über den Fluß geschafft wurde, bis zur Vollendung des Baues ereignete sich kein einziger Unfall. Von der Großheit des Werks läßt sich dem Leser schwer eine Vorstellung geben. Man denke sich eine 800 Fuß lange Gehbrücke, 250 Fuß hoch in der Luft schwebend, über einer ungeheuern Wassermasse, die sich mit einer Schnelle von 30 Engl. Meilen die Stunde durch eine enge Schlucht stürzt. Steht man unten, so steht die Brücke wie ein an einer Spinnewebe hängender Papierstreif aus. Weht ein starker Wind, so schwankt der dünne, sommerfädenähnliche Bau hin und her als wollte er aus seinen Fugen fahren, und unter dem festen Tritte des Fußgängers schüttert er vom äußersten Ende bis zum Mittelpunkt. Aber da ist keine Gefahr. Die Menschen schreiten darüber mit vollkommener Sicherheit, während dem furchtsamen Zuschauer vor Angst der Kopf schwindelt. Hr. Ellet, der Baumeister, war der erste der darüber ging, und bald darauf folgte ihm sein muthiges Weib. Diese Brücke allein ist einen Ausflug an die Stromfälle werth, obgleich wohl unter zwanzig kaum einer nervenstark genug ist den Uebergang zu machen. Denn, wie unglaublich das auch klingt, mancher wagte es in einem Korb auf einem einzigen Drathseil über die furchtbare Kluft zu rutschen, der sich jetzt nicht dazu bewegen läßt über die Brücke zu gehen. Und doch liegt in dieser Luftfahrt über den Niagara, der 250 Fuß tief unten braust und kocht, eine schauerliche Aufregung, die durchaus nicht unangenehm ist. Ein anderer neuer Anziehungspunkt der Stromfälle ist das kleine Dampfboot „Maid of the Mist (Tochter des Nebels)," in welchem man von der Kettenbrücke aus bis auf wenige Ruthen von den Hufeisen-Fällen

(horseshoe-falls) fährt. Auf keine andere Weise kann man den Anblick des Katarakts in seiner ganzen Größe genießen. Jedermann macht diesen Ausflug, der gleichfalls ohne alle Gefahr ist."

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

⊙ Von der Lubieszka, den 14. August. Am 7. d. M. durch Kempen reisend, erfuhr ich von einem wahrheitsliebenden Manne, daß einem Reisenden der Provinz in Grabow das Betreten des Russischen Gebiets deshalb von den Russischen Beamten verweigert wurde, weil er aus dem Theile der Provinz sei, der reorganisirt werden solle, und für diese Bewohner in Folge eines Befehls des Statthalters die Grenze gesperrt sei. — Der Leser der Zeitungshalle wird sich bei Lesung dieses Faktums erinnern, daß in Inseraten so oft von einem Anschluß an Rußland gesprochen wurde, weil der Czaar den Polen Etwas geben wollte, was ihre kühnsten Erwartungen übertreffen sollte. — War etwa der Vorfall, von dem wir oben berichteten, unter den kühnsten Erwartungen gemeint? —

Marktbericht. Posen, den 16. August.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf., auch 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf.; Roggen — Rtlr. 24 Sgr. 5 Pf., auch — Rthlr. 27 Sg. 9 Pf.: Gerste 20 Sgr. auch 22 Sgr. 3 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 25 Sgr., auch 26 Sgr. 8 Pf.; Erbsen — Rthlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Kartoffeln 10 Sgr. 8 Pf., auch 11 Sgr. 7 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.; — Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 18 — $18\frac{1}{2}$ Rthlr.

Berlin, den 15. August

Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. bez., Roggen loco 25—28 Rthlr., 82pfd. 29 Rthlr. G., Sept./Okt. $26\frac{1}{2}$ Rthlr. G.; Gerste, große, loco 26 Rtlr., kleine 22 Rthlr.: Hafer loco nach Qualität 15—17 Rthlr.; Rapps 70—69 Rtlr.; Rüböl loco $10\frac{2}{3}$ Rthlr., Br. $10\frac{3}{4}$ bez.; Sept./Okt. $10\frac{2}{3}$ Rthlr., Okt./Nov. $10\frac{5}{6}$—$\frac{3}{4}$ Rthlr., Nov./Dez. 10 Rthlr. bez.; Leinöl loco 10 Rthlr.; Spiritus loco $18\frac{3}{4}$ Rthlr. bez.; Sept./Okt. $17\frac{1}{4}$ Rthlr. bez.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.